



Regierungsratsbeschluss vom 20. Juni 2017

Ratschlag betreffend Bewilligung der Staatsbeiträge 2017-20 für den Verein Agglo Basel

P170921

Anpassung der Statuten des Vereins Agglo Basel vom 17. Februar 2017 aufgrund der Erweiterung des Vereins

P170965

1. Der Regierungsrat stimmt der Anpassung der Statuten des Vereins Agglo Basel vom 17. Februar 2017 aufgrund der Erweiterung des Vereins zu.
2. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Ratschlag an den Grossen Rat.

Begründung

Das Agglomerationsprogramm Basel hat sich als wichtiges Instrument etabliert, um in der Raum- und Verkehrsplanung über die Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Dank der Agglomerationsprogramme hat der Bund Verkehrsprojekte in der Agglomeration Basel mit Beiträgen von 376 Mio. Franken mitfinanziert. Der Verein Agglo Basel als Trägerschaft des Agglomerationsprogramms erarbeitet die Programme und koordiniert die Umsetzung der entsprechenden Projekte. Ab 2018 übernimmt der Verein zusätzlich die Trägerschaft der Angebotsplanung der trinationalen S-Bahn Basel. Zu diesem Zweck treten das Bundesland Baden-Württemberg, die Région Grand Est und der Kanton Jura dem Verein bei. Die neue Struktur dient dazu, die Zusammenarbeit der involvierten Behörden zu stärken und in einer gemeinsamen Struktur zu organisieren. Diese Zusammenarbeit ist eine Voraussetzung dafür, dass das Angebot der S-Bahn attraktiver wird und die Strassen und Autobahnen der Agglomeration Basel wirkungsvoller entlastet werden. Der Regierungsrat stimmt der Erweiterung des Vereins um diese neue Aufgabe zu. Gleichzeitig beantragt er dem Grossen Rat einen Kredit zur Finanzierung des Mitgliedsbeitrags in Höhe von insgesamt 2,358 Millionen Franken für 2017 bis 2020.

